

Stellungnahme zur Neuausrichtung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (März 2026)

Am Freitag, den 27. März 2026, debattiert der Deutsche Bundestag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über die Zukunft der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung und die geplanten Änderungen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Die Debatte unter dem Titel „Demokratie leben – Engagement schützen, Förderstrukturen erhalten“ unterstreicht die aktuelle politische Relevanz des Förderprogramms.

Zur geplanten Neuausrichtung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erklären der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. und die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI):

Neuausrichtung muss Stärkung bedeuten

„Demokratie leben!“ wird fortgesetzt – das ist wichtig. Denn Demokratiebildung und Extremismusprävention sind in der aktuellen Lage unverzichtbar. Wir teilen die vom BMBFSFJ formulierten Ziele von Pluralismus und Transparenz für die Neuausrichtung des Bundesprogramms. Gleichzeitig braucht es auch weiterhin eine klare Haltung des Ministeriums an der Seite zivilgesellschaftlicher Träger – gemeinsam gegen Diffamierungskampagnen und die Delegitimierung einer pluralen Zivilgesellschaft.

Evaluationen abschließen, bevor politische Entscheidungen fallen

Der Koalitionsvertrag sieht eine Überprüfung von Zielen und Wirkungen vor. Die Entscheidung zur Neuausrichtung ist jedoch bereits vor Abschluss dieses Evaluationsauftrags gefallen. Programme und Maßnahmen sollten systematisch ausgewertet und auf Grundlage der Ergebnisse weiterentwickelt werden.

Pluralität braucht Subsidiarität

Förderentscheidungen müssen politisch unabhängig, transparent und nachvollziehbar sein, um eine „Zivilgesellschaft nach Maß“ zu vermeiden. Trägervielfalt muss Priorität haben. Daran muss sich die Bundesregierung bei der Neuausrichtung des Programms messen lassen.

Regelstrukturen nachhaltig stärken

Demokratieprojekte müssen eng mit Regelstrukturen verzahnt sein. Diese müssen verlässlich abgesichert und ausgebaut werden, insbesondere auch durch eine deutlich

bessere Ausstattung des Kinder- und Jugendplans (KJP) des Bundes. Der Bund trägt insbesondere auch dort Verantwortung, wo Regelstrukturen fehlen, überlastet sind oder nicht ausreichend greifen. Aufwendige, jährlich wiederkehrende Bewerbungsverfahren belasten besonders dort, wo Ressourcen knapp sind.

Wirkung braucht Planungssicherheit

Klare Ziele, Wirkungsmessung und Evaluation sind berechtigte und wichtige Anforderungen für den Einsatz staatlicher Mittel. Nachhaltige Wirkung kann jedoch nur entstehen, wenn Träger ihre Projekte verlässlich planen können. Mehrjährige Perspektiven müssen auch bei einjährigen Förderbescheiden gewährleistet sein, damit mühsam aufgebaute Strukturen, Wirkungen und Wissen nicht verloren gehen.

Förderrichtlinien gemeinsam mit Trägern entwickeln

Förderrichtlinien sollten gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickelt werden. Eine Reform, die diese langjährige Expertise nicht einbezieht, läuft Gefahr, an den realen Herausforderungen vorbeizugehen.

Über uns

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. ist ein Zusammenschluss von 31 bundesweit tätigen Verbänden und Einrichtungen und repräsentiert die Vielfalt der politischen Bildungslandschaft in Deutschland. Diese Pluralität zeigt sich in der breiten Aufstellung seiner Mitglieder: Politische Bildung wird in Jugendverbänden, Bildungsstätten, Gewerkschaften, Kirchen, Volkshochschulen und Stadtteilinitiativen ebenso umgesetzt wie in parteilichen und verbandlichen Strukturen, Stiftungen, Betrieben und Projekten. Sie findet in Seminaren, im Rahmen beruflich-betrieblicher Weiterbildung, bei der Interessenvertretung und zunehmend in Zusammenarbeit mit der schulischen Bildung statt.

Mehr Informationen zum bap e.V.: www.bap-politischebildung.de

Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI)

Die „Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung“ (GEMINI) vereint die bundesweit aktiven Träger der politischen Jugendbildung unter einem Dach und bildet eine Arbeitsgruppe im bap e.V. Gemeinsam repräsentieren sie rund 1.750 Einrichtungen, darunter Bildungsstätten, Akademien, Vereine und Volkshochschulen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Zudem kooperieren sie mit Partner*innen vor Ort, um aufsuchende Bildungsarbeit zu fördern und umzusetzen. Als starkes Netzwerk bietet die GEMINI eine zentrale Plattform für den fachlichen Austausch, die Qualitätssicherung, die Entwicklung innovativer Konzepte und die effektive Interessenvertretung im Bereich der politischen Jugendbildung. Die GEMINI ist Mitglied der InitiativeKJP: www.DeutschlandHatNenPlan.de

Mehr Informationen zur GEMINI: www.demokratiestaerkerinnen.de

Kontakt

Andrea Rühmann,
Vorsitzende Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.
Email: ruehmann@bap-politischebildung.de

Ole Jantschek,
Sprecher Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI)
E-Mail: gemini@bap-politischebildung.de